

## Protokoll

### Arbeitsgruppe pädagogische Weiterentwicklung (AieT, G8/G9, ..)

ARGE-Herbsttagung 18.11.2017 - THEO KECK

Geschätzt 12-15 TN, darunter auch GMS-Eltern + je 1 Vertreter der GEW und des PHV

Theo Keck führt in das Thema ein indem er die Feststellung trifft, dass ein weiteres Festhalten an einem Schulversuch AieT (Abitur im eigenen Takt) nicht zielführend sei, da unsere Kultusministerin selbst als Vorsitzende der KMK eine Festlegung auf eine Abiturprüfung im selben Zeitrahmen in allen Bundesländern getroffen hat. Damit ist eine Flexibilisierung der Kursstufe auf längere Sicht verbaut.

Breiten Raum in der Gruppe nimmt zunächst eine lose Sammlung von Wahrnehmungen und Berichten aus den eigenen Schulerfahrungen ein:

- politische Verlautbarungen zum statischen Belassen der 44 G9-Modellschulen und ein Festhalten an G8 als Standard werden verbreitet an den Gymnasien von offizieller Seite kommuniziert
- dazu der Wille zur Implementierung von Kursstufen an geeigneten GMS
- von Elternseite wird eine weitere Initiative hin zu G9 als nicht lohnend/zielführend empfunden („das Thema ist durch“)
- spürbar ändert daran auch der Hinweis des PHV-Vertreters Herrn Santelmann nichts, der von einer landesweiten Initiative „G9-BaWü jetzt“, ausgehend von Isny (?) und HD berichtet. Unverkennbar ist die Hoffnung des PHV hier auf die Eltern gerichtet, die hier den nötigen politischen Druck erhöhen könnten, wie in NRW, Bayern und Hessen (Wahlfreiheit) jüngst geschehen. Die ARGE-TÜ versprach sich bislang nichts von einem Roll-back.
- Die GEW-Vertreterin weist darauf hin, dass der Unterricht an den jetzigen G9-Schulen nicht 1:1 das alte G9 sei
- Es kommen sehr unterschiedliche Rückmeldungen und Wahrnehmungen zum Empfinden von Belastungen durch G8 mit den Extremen („chilliges Leben ↔ Horror“), die Ergebnisse der Trautweinstudie werden angeführt, wobei Herr Santelmann zu bedenken gibt, dass Daten das eine seien, die Interpretation derselben jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen führe (als Negativpunkte werden vorgebracht: 1 Jahr weniger persönliche Reifung, Unterrichtsinhalte nicht kongruent zum Reifegrad, Klagen der Vereine und JMS (Jugend Musik Schulen) über ein Einbrechen der Schülerzahlen ab der 8. Klasse, etwas erhöhte psychische Belastungsmomente). Eltern dagegen haben die Wahrnehmung dass eher sie, als die Kinder selbst „mit den Lernumständen ihrer Kinder leiden“. Es wird vermutet, dass das gute Funktionieren einer Schule weniger mit den Schuljahren, als mit einer guten Umsetzung von G8 einhergeht und dass allein 1 Jahr mehr nicht das Allheilmittel unsererer gymnasialen Probleme darstellt.
- Eine bessere Unterrichtsversorgung würde auch G8 besser laufen lassen (s. dazu auch weiter unten), d.h. nicht alle Auswirkungen sind der verkürzten Schulzeit anzulasten.
- Kontrovers wird die pädagogische Leistung von Junglehrern wahrgenommen (zu unerfahren, um große, schwierige Klassen im Griff zu haben ↔ beachtliche pädagogische Bereicherung eines Kollegiums durch neue Ausbildungsinhalte) Feststellung: Der pädagogische Rahmen einer Schule ist essentiell wichtig für das Ankommen von Junglehrern im Kollegenteam → hier liegt ein Ansatz zur Weiterentwicklung

Damit Überleitung zum zweiten großen Themenschwerpunkt der Gruppe:  
Unterrichtsausfall/Unterrichtsversorgung

- Insbesondere die Verweiblichung des Gymnasiallehrerberufes (mittlerweile 2/3 weiblich) bringt eine zunehmende Verschärfung der Unterrichtsversorgung mit sich (vermehrt Eltern- und Teilzeitregelungen, allerdings auch bei männlichen Lehrern verstärkt im Kommen.), dem wird seitens der vorgehaltenen Lehrerreserve nicht entgegengewirkt. Notwendig sei ein Versorgungsgrad von 115% zu fordern (lt. Verbandsvertreter), da am Gymi nach Fachprinzip vertreten werden muss.
- Das RP rechnet einen Versorgungsgrad von 100% auf dem Papier vor und ist der Ansicht, das genüge.....(Langzeiterkrankungen, problematisches verzögertes Reagieren auf Neukrankschreibung mit einer Latenz von 3 Wochen, sowie Schwangerschaften, die ja kein Krankheitsfall sind werden dabei gar nicht berücksichtigt).
- GMS-Eltern von Gymnasialkindern berichten von ideeller (unbezahlter) Mehrarbeit und auch besserer Teamarbeit um Lehrerausfall zu kompensieren.
- Herr Santelmann erläutert, dass das im Vergleich zu früher eher eine gefühlte Verschlechterung der Versorgung sei, die Eltern werden in G8 nervöser, wenn Unterrichtszeit ausfällt, weil sie sich Sorgen machen, dass der Stoff unwiederbringlich nicht vermittelt wird, außerdem reagiere das System unzureichend auf den „Schweinezyklus“ bei der Lehrereinstellung.
- Verbreitet wird mit Unverständnis auf die sehr hohen Zugangsvoraussetzungen für Lehramtsanwärter hingewiesen, man könne mehr junge Menschen zum Lehrerberuf motivieren, die dafür auch geeignet wären (NC nicht allein geeignetes Kriterium)
- **Es wird gefordert, dass die genauen realistischen Zahlen des Unterrichtsausfalls erhoben werden, dies wird von Theo zugesagt, dass eine entsprechende Forderung der ARGE an das RP geht.**
- Viele unzureichend vertretenen Stunden (z.B. 3 Klassen parallel von 1 Lehrer beschäftigt, fachfremde Beschäftigungsaufgaben, ausgefallene Randstunden, etc). beschönigen in unlauterer Weise die Realität.
- Eine Rückkehr zu G9 würde zunächst die Situation entlasten, durch Ausfall eines Abi-Jahrgangs (Hinweis Herr Santelmann).
- Die Verschärfung der Situation im ländlichen Raum wird beleuchtet – hier ist es zunehmend schwer für Schulen gewillten Nachwuchs zu bekommen, verbreitet zeichnet sich der Trend ab, dass so mancher Berufsanfänger lieber in der lebenswerten Metropole arbeitslos bleibt, als eine Stelle auf dem Land anzunehmen.
- Eine Zwangsverpflichtung für den Dienst auf dem Land ist hinsichtlich der Motivation sicherlich problematisch, evtl. aber eine künftig notwendige politische Ordnungsmaßnahme.
- Hinweis, dass ausufernde außerunterrichtliche Maßnahmen (über das verpflichtende Maß hinausgehende Studienfahrten und dergleichen) an den Schulen den Unterrichtsausfall naturgemäß verschärft – hier ist man in einer Zwickmühle, dass beides nicht miteinander vereinbar ist → gemeinsame Vereinbarungen an der jeweiligen Schule treffen, was pädagogisch stärker wiegt. Kritisch zu hinterfragen ist hierbei der Konkurrenzdruck der Schulen untereinander (v.a. in Städten mit mehreren Gymnasien) in der Außendarstellung, um für potentielle Schüler möglichst attraktiv zu erscheinen, hier wird bei Eltern eine unrealistische Erwartungshaltung erzeugt, sie wollen möglichst beides haben (ein außergewöhnliches außerunterrichtliches Angebot und eine geregelte

Unterrichtsversorgung, sie werden im Glauben gelassen, dass beides möglich ist....)

Erst zum Schluss kommt die Gruppe noch kurz zur pädagogischen Weiterentwicklung der Schulart Allgemeinbildendes Gymnasium:

- es werden einzelne best-practice-Beispiele vorgestellt (z.B. Projekt „Soziales Lernen“ von Klasse 5-11 am Eugen-Bolz-Gymnasium Rottenburg, die Konzeption „Lernen hoch drei“ am Hans-Multscher-Gymnasium Leutkirch findet kurze Erwähnung.

Aus Zeitgründen kommt man nicht zu einer generellen Überlegung, welche Erwartungen Eltern an die pädagogischen Anforderungen an diese Schulart haben oder ob das bisher Geleistete den Ansprüchen genügt. Stattdessen nimmt die kürzlich beschlossene neue Kursstufe am allgemeinbildenden Gymnasium die restliche Zeit in Anspruch. Diese sei inhaltlich noch nicht fix, entspreche zu etwa 90% den Forderungen des PhV, die schnelle politische Einführung ist in ihrem Werdegang dubios und nebulös, an der Elternschaft ziemlich vorbeigegangen. Eltern von Mittelstufenschülern sind verunsichert, welche Rahmenbedingungen der Kurswahl künftig zum Tragen kommt und wie sie das bewerten.

**Hier sollte über die elterlichen Beteiligungsgremien vermehrt Druck zur Konkretisierung und transparenten Informationspolitik aufgebaut werden (Basis → LEB-Vertreter/ARGE → LEB-Vorsitz).**

- Verbreitet besteht Unmut unter Eltern von Gymnasiasten über die Gleichstellung des Abiturs am Allgemeinbildenden Gymnasium und den Beruflichen Gymnasien. Es gibt Eltern, die berichten, dass der am TG vermittelte Matheunterricht weniger zu einem Ingenieursstudium befähige als der Matheunterricht am Allgemeinbildenden, was als eklatante Ungerechtigkeit beim Studiumszugang durch NC-Regelungen empfunden wird...
- Herr Santelmann berichtet abschließend, dass sich diese Ungleichheit durch neue Vorgaben noch verschärfen würde, da am Allgemeinbildenden 3 vertiefte Fächer und am Beruflichen nur 2 vertiefte Fächer zum Abitur gefordert werden, dies treibe die Schere der Abi-Vergleichbarkeit künftig noch weiter auseinander! **Weiß um diese Entwicklung der LEB?**

Protokollantin:  
Dr. Brigitte Reuther  
Bad Waldsee, den 19.11.2017